

SENetz im August 2020

Mitgliederschnellbrief der Senioren-Union der CSU



Verehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen, Freunde und Mitglieder in unserer SEN in der CSU,



„Schlag auf Schlag“, liebe Freundinnen und Freunde in der SEN der CSU, geht es unter dem Jahr selten in dem Tempo, was Erregung und Vergessen von Informationen besonderer Bedeutung für den Alltag angeht. Oft gilt da der alte Luther-Satz: „Getretener Quark wird breit, nicht stark“. Anders im Sommer, am liebsten im August. Schnell kocht etwas (oft auch Unbedeutendes) hoch, um morgen schon in andauernder Urlaubsblase ertränkt zu werden. Manches allerdings setzt sich dabei auch fest, fester als sonst, will die Konsumenten in den Ferien eher Zeit haben, mit Botschaften anders, haftender umzugehen. Weil das so ist, komme ich Ihnen/Euch allen schon wieder mit zwei Merkpunkten für den politischen Alltag, die ich ungern der Versenkung anvertraut fände.

Da ist die Diskussion um einen Corona-bedingt konsequent agierenden Freistaat und eine Staatsregierung, die - im Gegensatz zu anderen in gleicher Lage - konsequent entscheidet und handelt statt „auf Nummer sicher“ abzuwarten, was womöglich andere falsch oder nicht ganz richtig machen, um dann zu feixen: „Hab ich es nicht immer schon gewusst?“ – Es war in der vergangenen Woche ja auch wirklich zu schön, nach einem halben Jahr durchgängiger Södererfolge mit gekrümmter Augenbraue schadenfroh festzustellen: „Etiam tu, mi fili Markus!“ Die Anleihe beim alten Cäsar haben alle gern genommen, obwohl das nur ablenkt von vorausgegangener Unentschlossenheit und daraus resultierend, ebenso unerfreulichen Pannen. Da musste und darf gegengehalten werden, findet Ihr Landesvorsitzender, der nach wie vorfindet, dass die bayerische Umsicht den Großmut verdient, den ihr die Kritiker verweigern wollen, weil das so wunderbar von eigener Mutlosigkeit ablenkt.

Da ist zum Zweiten der neue Kraus-Kommentar zu den aktuellen Erkenntnissen in Berlin, der Bundeshauptstadt und ihrer Art, im Land für Sicherheit und Bürgervertrauen zu sorgen. Mit Verlaub: das dort von mehreren linken Stadtregierungen verantwortete Modell der Hinnahme zunehmenden Ganoven- und Verbrechertums mag in Deutschland (und erst recht in Bayern) keiner. Man sieht, dass dann, wenn linker Vetternwirtschaft nicht rechtzeitig Einhalt geboten wird, der Rechtsstaat auch links unregierbar wird und der Rechtsstaat Pause zu machen Gelegenheit findet. Wenn man dann noch bedenkt,

was uns Bayern jedes Jahr die Berliner Linkslastigkeit kostet, dann ist Nachdenklichkeit (vor allem auch an der Wahlurne) angesagt. Weil Lesen den Horizont weitet und aus Enthusiasmus ohne festen Boden unter den Füßen mehr Verlässlichkeit im Entscheiden generiert, rate ich Ihnen allen, den Kraustext auch in der persönlichen Nachbarschaft zu verbreiten.

Jetzt noch einen Restsommer der Qualität, die wir Älteren in guter Erinnerung haben,

Ihr



Dr. Thomas Goppel
SEN-Landesvorsitzender

Die Steigerung von „MUT“?

MUT - DEMUT - Übermut - Gleichmut - UNMUT - GROSSMUT

„Deutsche Sprache, schöne und ausdrucksstarke Sprache!“ – Der langgediente Satz passt, wenn man den Aktionismus aller beteiligten Unbeteiligten sieht, der seit gestern Abend unterwegs ist, um (endlich) die Gelegenheit gekommen zu sehen, den Bayern und insbesondere Markus Söder, unserem Chef an den Karren zu fahren.

Mit MUT hatten er und unsere Gesundheitsministerin allgemeine CORONA-Tests zu Ferienbeginn (kostenfrei dazu) angesetzt und Neues gewagt, obwohl es vielen Bedenkenträgern aus anderen Ländern und Parteien zum Trotz geschehen musste. Das Ziel, möglichst alle zu erfassen, die ihr Urlaubsgekuschel für wichtiger gehalten haben als akkurate Gesundheitsvorsorge, bestimmte das Tempo der Aktion. Jetzt wissen wir: Die Experten waren dem unterschätzten Ansturm nicht gewachsen – auch deshalb nicht, weil Bayerns Umsicht bei 15 anderen Ländern und dem Bund nicht auf Gegenliebe stieß.

Mit DEMUT haben die in Bayern Verantwortlichen auf die Großpanne reagiert, die daraus erwuchs, dass Ersatzdatensammler an den Grenzen nicht digitalisiert (besser: genormt) arbeiten konnten. Ersichtlich war der Bayernvorschlag gut, in der Umsetzung aber zu schnell. Das ist jetzt eingestanden und die Schlussfolgerungen sind gezogen. Guter Wille an der Front und Einsatzzeifer sind kein Bestrafungsgrund. Das macht

verständlich, dass der Personaleinsatz im LGL (Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit) überprüft wird, nicht im Ministerium.

Voll ÜBERMUT stürzen sich heute alle die Säumigen von gestern, die lieber nichts versucht und getan sähen, um Virusgeschädigte ausfindig zu machen, auf das Auswertungsdefizit, obwohl eigentlich ausdrücklich feststeht, das alle Getesteten zu warten hätten, bis sie „ihr Ergebnis“ vorliegen haben. Längst wissen wir doch alle, dass einem Virus mit Geduld zu Leibe zu rücken ist. Dieser Grundsatz würde in der Realität nicht nur für den MPR (Ministerpräsidenten) gelten, wenn die Kommentatoren (bis in die Professorenschaft) nicht ausschließlich auf Sühne und Bestrafung aus wären.

Mehr GLEICHMUT wäre angebracht, wenn mit einer Pandemie, dem COVID 19 umgegangen wird: Das allerdings hielten die Kritik durstigen unter den Pandemiebeobachtern für kaum hilfreich: Es ersparte uns allen Kommentare wie die heute und rief in der Zukunft wenigstens mehr Mutige auf den Plan. Die föderative Handhabung der Pandemie hat uns eine Vielfalt im Vorgehen dagegen beschert, die der weltweiten Diskussion des Themas richtig guttut. Gerade auch deshalb, weil Bayern strikt bemüht ist, die nicht verschuldete Seuche möglichst „außen vor“ zu halten.

Mir scheint gut, dass der Freistaat, dass die Staatsregierung nichts unversucht lässt, uns vor Ansteckung zu bewahren. Die Kommentatoren lieben diese Infektionsschiene sichtlich und beteiligen sich gern an UNMUT, der bei konsequenter Arbeit niemals ausbleibt. Söder und Huml, seiner Gesundheitsministerin kann das gleich sein. Mit anderen hoffe ich da auf Großmut.

Rot-rot-grünes Berlin: Politisch unliebsame Staatsanwälte strafversetzt

Ein Gastbeitrag von Josef Kraus

Wer wissen möchte, wie Deutschland ab Herbst 2021 mit einem SPD-Kanzler Scholz und einer Rot-Rot-Grünen-Regierung aussehen wird, der braucht keine Wahrsagerin mit Kristallkugel zu bemühen. Er braucht nur in das real existierende Bundesland Berlin hineinschauen, dann weiß er, was man mit einer RRG-Bundesregierung (Scholz: „der linken Mitte“) bekommen wird - nämlich deutschlandweit einen „failed state“, eine verrottete Republik.

Wo fangen wir an mit unserer Diagnose eines Bundeslandes und einer Stadt, die nach den Worten eines vormaligen „Regierenden“ arm, aber sexy sei? Doof und verkommen, aber sexy ultralinks, hätte „Wowi“ besser sagen sollen.

Lassen wir den aktuellen Rücktritt der linken Berliner Bausenatorin Katrin Lompscher außer Betracht; sie hat ja nicht nur bei ihren Einkünften geflunkert, sondern als „Nicht-Bau-Senatorin“ auch ein baupolitisches Chaos hinterlassen. Übergehen wir auch eine SPD-„Staatssekretärin“, zuständig für interkulturelle Angelegenheiten, die den ganzen Tag offenbar kaum anderes tut, als zu twittern und Anzeigen gegen Kritiker zu produzieren.

Beginnen wir ganz objektiv damit, dass Berlin sich in allen Schulleistungsvergleichen der letzten zwanzig Jahre im innerdeutschen Ranking zusammen mit Bremen im Tragen der „Roten Laterne“ abwechselt. Rot ist hier durchaus auch politisch gemeint, nicht nur als Schlusslicht eines Zuges. Fahren wir fort mit dem „Großflughafen Berlin“, dessen Bau 2006 begann, um 2011 eröffnet zu werden. Jetzt schreiben wir das Jahr 2020; aber im Oktober 2020 soll es losgehen. Böse Zungen behaupteten schon, die einzige Möglichkeit, US-Präsident Donald Trump am Bau einer Mauer zwischen den USA und Mexiko zu hindern, sei, ihm die Berliner Bauplaner mit einem „one-way-Ticket“ zu entsenden.

Mit diesem Schul- und dem Bau-Desaster scheint man sich in Berlin abgefunden zu haben. So richtig schmerzhaft wird es für die Bürgerschaft, wenn es um die innere Sicherheit geht. Nehmen wir die Polizeiliche Kriminalstatistik. Hier erringt Berlin die Pole-Position; es ist nicht nur die Regierungshauptstadt Deutschlands, sondern auch die Hauptstatt des Verbrechens. Während in Berlin im Jahr 2017 je 100.000 Wohnbevölkerung 14.588 Straftaten begangen wurden, waren es in Hessen 6.046, in Baden-Württemberg 5.295 und in Bayern 4.868.

Spektakuläre Massen-Verbrechen und Umtriebe kommen hinzu. Als der Tunesier und Islamist Amri am 19. Dezember 2016 auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheid-Platz mit einem LKW elf Menschen ermordete, stellte sich später heraus, wie die Berliner Polizei samt Innenbehörde bereits zuvor gepennt und was sie nach dem Attentat vernebelt hatte. Im November 2017 wurde bekannt, dass es in der Berliner Polizeiakademie U-Boote arabischer Clans gibt. Im Dezember 2019 wurde bekannt, dass man es in Berlin auch mit dem Datenschutz sehr locker nimmt: Von der Datenschutzbehörde wurde nachgewiesen, dass die Daten selbst von Unbeteiligten seit 2013 in den Polizeicomputern nicht mehr gelöscht worden waren.

Jahr für Jahr erlebt man im Wohnhaus Nummer 94 an der Rigaer Straße das gleiche Schauspiel: Dieses seit 1990 von „Autonomen“ besetzte Haus ist laut Verfassungsschutz eine „zentrale Institution der gewaltbereiten autonomen Szene Berlins“. Dort verschanzen sich selbst nach Angaben des Innensensors Andreas Geisel (SPD) Gewalttäter, aber sie werden dorthin von der Polizei nicht verfolgt. Als die Anwälte des Eigentümers am 13. Juli 2020 um Polizeischutz baten, wurde diese Bitte am 16. Juli vom Polizeipräsidium abgelehnt. Nach wie vor kann der Verwalter das Haus nicht betreten

und auch die Räumung nicht beantragen. Der Berliner Senat fürchtet sich vor riesigen Randalen, wenn er die Polizei hier tätig werden ließe.

Das Wichtigste scheint dem Berliner Senat zu sein, dass all diese Skandale nichts mit „links“ zu tun haben. Sollte sich der notorische bzw. oft schon neurotische Generalverdacht gegen "rechts" einmal begründen lassen, wird mit personellen „Säuberungen“ gearbeitet. Dann wird hier ein Polizeipräsident entlassen, dann werden dort ermittelnde Staatsanwälte versetzt. Letzteres ist jetzt im Zusammenhang mit vermeintlich rechtsradikalen Gewalttaten in Neu-Kölln geschehen.

Generalstaatsanwältin Margarete Koppers und der sie stützende Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) versetzten wegen angeblicher, durch nichts bewiesener Nähe zur AfD zwei Staatsanwälte. Der Vorsitzende der Vereinigung Berliner Staatsanwälte (VBS) Ralph Knispel sagte denn auch: „Das Vorgehen der Generalstaatsanwältin hat das Ansehen der Berliner Staatsanwaltschaft und Justiz nachhaltig erschüttert ... So einen Vorfall habe ich in knapp drei Jahrzehnten nicht erlebt.“ Ralph Knispel ist ein Mann der klaren Worte. In einer Sendung von „Markus Lanz“ im Oktober 2019 hörte man von ihm die eindeutigen Sätze: Was das Strafrecht angeht, sei der Rechtsstaat „in weiten Teilen nicht mehr funktionsfähig.“ Über manche Kriminelle meinte er: „Die lachen die Justiz aus.“ Und die Folgen? Hinter vorgehaltener Hand sagen manche Berliner Polizisten und Busfahrer, dass sie sich in bestimmte Gegenden nicht mehr hineintrauen.

Dass die politische und administrative Führung in Berlin all dies nicht wahrhaben will und auf dem linken Auge blind ist, zeigt indes nicht nur der Skandal um die Rigaer Straße, sondern auch die Umkehr der Beweislast durch das neue Berliner Landes-Anti-Diskriminierungs-Gesetz (LADG) vom 4. Juni 2020. Polizisten, die etwa rassistischer Vergehen oder Gewalttaten beschuldigt werden, müssen beweisen, dass das nicht stimmt. Nicht der Kläger muss es beweisen.

Abstrus auch der Umgang der Berliner Regierungspolitik mit der Kriminalstatistik. Es bedurfte einer Anfrage des Abgeordneten Marcel Luthe. Luthe war bis Juni 2020 Mitglied der FDP-Fraktion des Abgeordnetenhauses, dann wurde er – wiewohl deren rühriger innenpolitischer Sprecher – von dieser Fraktion aus unbekanntem Gründen vor die Türe gesetzt. Marcel Luthe hat einige brisante Daten zu Tage gefördert. Mit einer Anfrage an den Senat bekam er unter anderem bestätigt:

Wenn eine Person, die sich „gegen Rechts engagiert“, Opfer einer Straftat wird, zählt das automatisch als rechtsradikale Tat.

In den fünf Jahren von 2014 bis 2018 gab es in Neukölln 54 rechtsradikale Straftaten und 110 linksradikale.

In den Jahren 2016 bis 2018 gab es insgesamt 26 Straftaten „zu Lasten von Abgeordneten“; davon 16 gegen AfD-Abgeordnete, je drei gegen Abgeordnete von CDU, Links-Partei und SPD und eine gegen einen grünen Mandatsträger.

"Jede Straftat ist eine zu viel, aber Kern des Rechtsstaats ist es, Gleiches auch gleich zu behandeln", mahnt Luthe: "Angesichts der Vielzahl von ungeklärten, sogenannten 'politischen' Beleidigungen, Bedrohungen und gar Brandstiftungen in Berlin darf hier nicht der Eindruck entstehen, manche Taten seien wichtiger als andere."

Zweifel weckt die Statistik auch daran, ob es wirklich eine „rechtsextreme Anschlagsserie“ gab, wie das die Behörden lange meldeten und die Medien übernahmen. Im Wesentlichen bestehen die „Anschläge“ aus Sachbeschädigungen an Briefkästen, was zwar juristisch, aber nicht im allgemeinen Sprachgebrauch ein Anschlag sind. Und bei den Brandanschlägen, die zur Serie gezählt werden, ist der Hintergrund tatsächlich schwer zu definieren.

Hört oder liest man davon in den gängigen Medien? Selten! Nur der mutige Gunnar Schupelius von der „B.Z.“ greift die Skandale auf. Ihm wurde von Linksextremen denn auch schon mal in der Nacht vom 30. auf 31. Dezember 2019 vor der eigenen Haustür das Auto „abgefackelt“.

Nein, so etwas passt nicht ins „linke“ Weltbild. Aber lässt sich der Berliner Wähler all das gefallen? Ja, es ist zu befürchten. Hatte das RRG-Bündnis bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2016 noch in der Summe 62,4 Prozent, so würde dieses Dreierbündnis im Moment seine Arbeit fortsetzen können. Bei aktuellen Meinungsumfragen rangieren alle drei zusammen bei 52 bis 54 Prozent. Ein anderes Bündnis scheint nicht in Sicht. Die CDU dümpelt bei 20 Prozent dahin, zusammen mit 16 Prozent für die SPD würde es nicht einmal für eine so genannte GroKo reichen. Bis zum Wahltag im September 2021 wird sich wohl kaum etwas daran ändern. Auch die FDP wird keine Rolle spielen, zumal sie einen Mann wie Marcel Luthé vor die Tür gesetzt hat. Also leisten wir uns auch über 2021 hinaus eine Hauptstadt, auf die man alles andere als stolz sein darf.

Wie verkommen Berlin ist, scheinen mittlerweile selbst Regierende in Berlin zu erahnen. Berlins Regierungschef Michael Müller (SPD) will 2021 in den Bundestag wechseln. Ihm soll nach dem Willen der SPD in Berlin vermutlich Franziska Giffey (SPD) folgen – wenn sie nicht doch noch über ihre umstrittene Doktorarbeit stürzt. Twitterkönigin und „Staatsekretärin“ Sawsan Chebli (SPD) will es Müller übrigens nachtun.

Quelle: <https://www.reitschuster.de/post/rot-rot-gr%C3%BCnes-berlin-klartext-staatsanwalt-straftversetzt>

Um Abdruckgenehmigung ist gebeten.